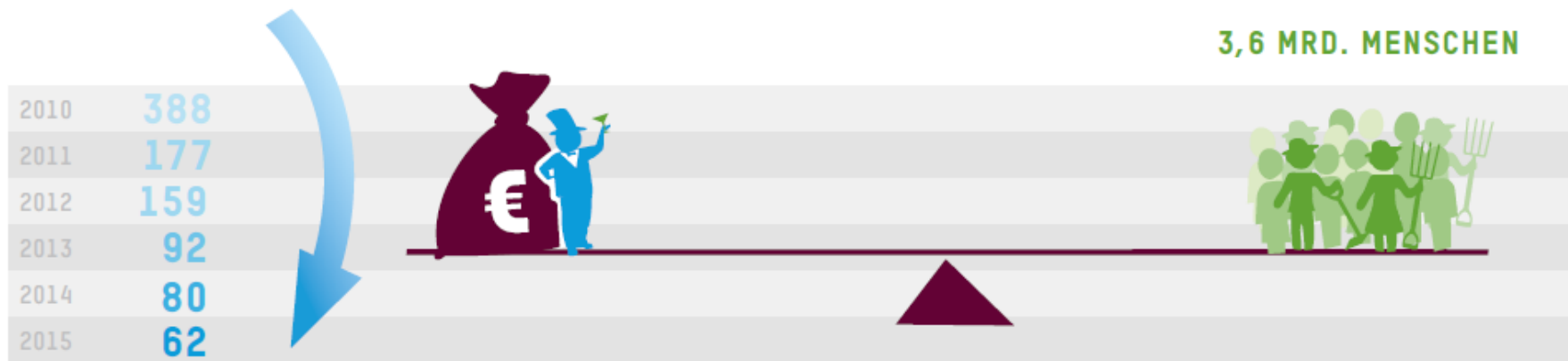


Memorandum 2016

Europäische Union und Flüchtlingsmigration – Solidarität statt Chaos

Wilfried Kurtzke



„Die Spirale der wachsenden sozialen Ungleichheit dreht sich weiter: Mittlerweile besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung mehr Vermögen als der Rest der Welt zusammen. Nur 62 Menschen besitzen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Das derzeitige Wirtschaftssystem kommt vor allem den Reichen zugute und vertieft weltweit die Kluft zwischen Arm und Reich.“

Quelle: Oxfam

Europäische Union: zwischen Zerfall und Zusammenhalt

- **Das Beispiel Griechenland**
- **Expansive Geldpolitik kann die Probleme allein nicht lösen**
- **Freihandelsabkommen werden weiter vorangetrieben**
- **Brexit zeigt Akzeptanzprobleme**
- **Die Zukunft der EU**

„Die europäische Idee stand einmal für einen leistungsfähigen Sozialstaat, für eine relativ gut regulierte Variante kapitalistischer Entwicklung. Diese Zeiten sind lange vorbei. Die Verwerfungen neoliberaler Politik und die Migrationsbewegungen haben das Modell der europäischen Integration in eine tiefe Krise gestürzt.“

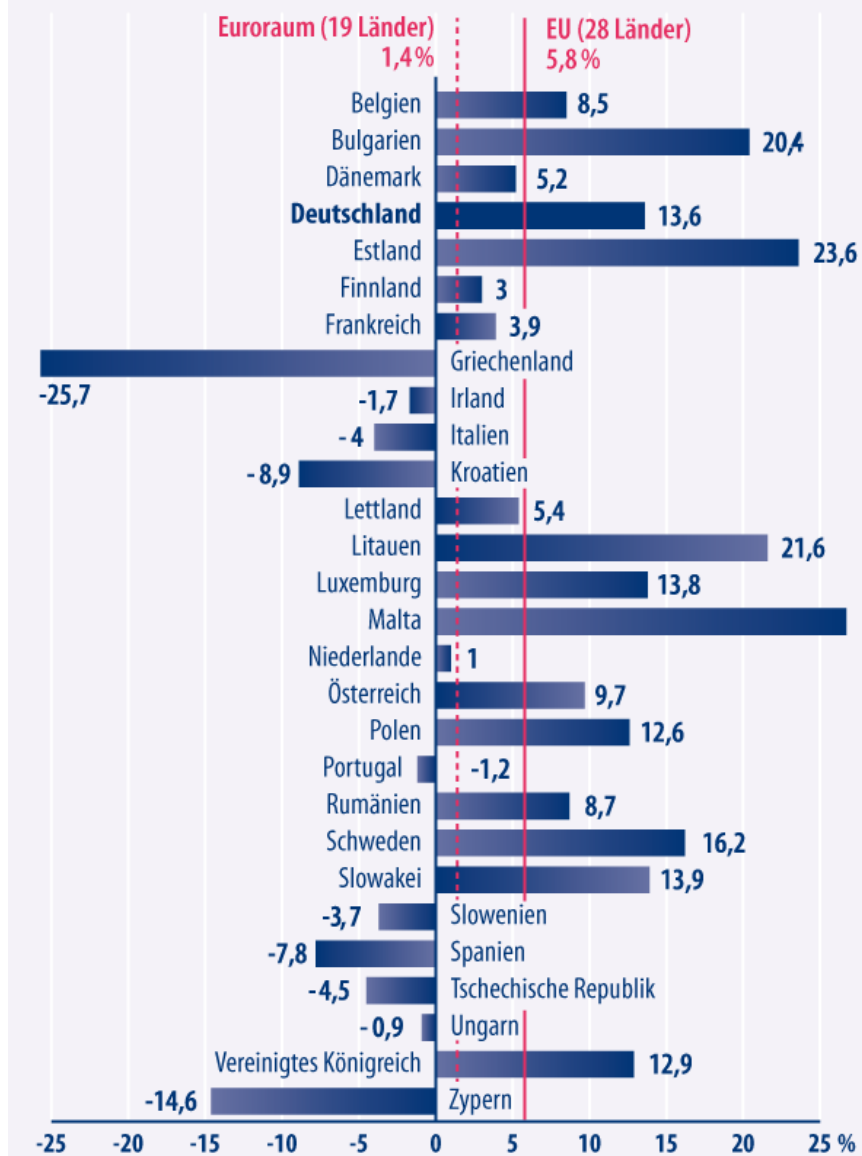
Memorandum 2016, Kurzfassung

Herausforderungen für die Europäische Union

- Die internationale und europäische Finanzkrise ist nach wie vor nicht überwunden
- Die Antikrisenpolitik der Union hat zur Demontage des Sozialstaates geführt und den Wettbewerbsdruck verschärft
- Gleichzeitig hat die Austeritätspolitik auch die wirtschaftliche Krise verschärft
- Die Krise hat sich verstetigt. Was als Immobilienkrise in den USA begann, ist zur Krise der Union geworden
- Die Union hat erheblich an Legitimationskraft verloren. Nationalistische Bewegungen werden in vielen Ländern zu einer starken Kraft.
- Die Union ist nicht in der Lage, die Herausforderungen durch die Flüchtlingsbewegung solidarisch zu bewältigen

Gesamtwirtschaftliche Zuwachsrate in der EU

2014 zu 2008 (prozentuale Änderung des BIP pro Kopf)

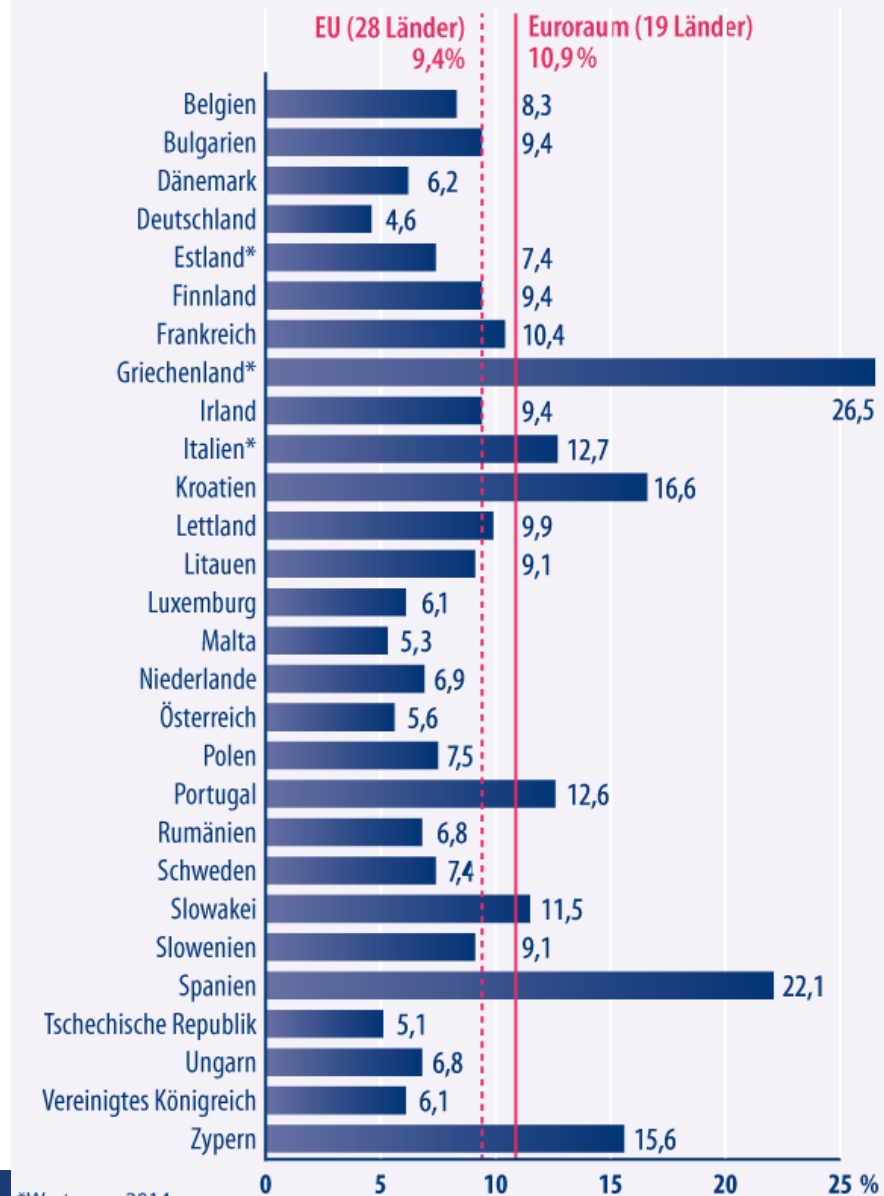


Quelle: Eurostat

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2016

Arbeitslosenquote in der EU

Arbeitslosenquote 2015, insgesamt in Prozent



*Werte von 2014

Quelle: Eurostat

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2016

„Eine Zwischenbilanz ergibt allein für Deutschland Krisenkosten für die Bankenrettung in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die gesamten Krisenkosten werden auf 200 Milliarden Euro und mehr geschätzt. Die ökonomischen Kosten in den anderen europäischen Ländern dürften aufgrund der brutalen Kürzungspolitik in den Staatshaushalten und der folgenden Rezession noch viel höher ausfallen.“

Memorandum 2016, Kurzfassung

Von der Krise des Kapitals zur Staatsschuldenkrise

- Die Kosten der Krise, die durch hemmungslose Spekulation und Konstruktionsfehler der Währungsunion ausgelöst wurde, mussten durch die Haushalte der Nationalstaaten getragen werden. So wurde aus der Krise des Kapitals eine Staatsschuldenkrise.
- Die Bekämpfung der Krise mit „Strukturreformen“ hat sie nur noch verschärft. So kann auch eine Schuldenbremse die Staatshaushalte nicht sanieren.
- Die Zeche bezahlen mussten diejenigen, die nicht verantwortlich für die Misere waren: Arbeitslose, Rentner, Kranke und beschäftigte Arbeitnehmer.
- Deutschland hat durch die niedrigen Zinsen von Staatsanleihen (zeitweise waren es sogar Negativzinsen) erheblich von der Krise profitiert. Daneben hat die relativ gute Konjunktur geholfen, zu steigenden Staatseinnahmen zu kommen.

„Besonders in Griechenland zeigen sich die Folgen der fehlgeleiteten Politik. Das Land hat im Zuge der unterschiedlichen Hilfsprogramme weit über 250 Milliarden Euro erhalten. Genützt hat dieses Geld jedoch nicht der griechischen Bevölkerung, nicht der Infrastruktur und nicht dem Staat, sondern den internationalen Finanzinvestoren, die griechische Staatspapiere hielten.“

Memorandum 2016, Kurzfassung

Geldpolitik am Limit

- Eine Bekämpfung der Krise kommt in der europäischen Politik nicht vor. „Strukturreformen“ sollen zu wirtschaftlicher Entwicklung führen. Dabei hat selbst der IWF inzwischen erkannt, dass dies nicht funktioniert. Die negativen Multiplikatoren der Kürzungen bringen die wirtschaftliche Entwicklung zum Erliegen.
- Einzig die EZB geht mit einer extrem expansiven Geldpolitik gegen die Krise vor. Eine prinzipiell richtige Entscheidung, ohne die die Eurozone wahrscheinlich nicht mehr existieren würde.
- Die Geldpolitik allein kann die Probleme aber nicht lösen. Nur in Verbindung mit einer entsprechenden Fiskalpolitik könnte sie erfolgreich agieren.
- Entgegen aller Lehrbuchweisheiten und speziell deutscher Ängste hat die expansive Geldpolitik bisher nicht zu einer steigenden Inflationsrate geführt. In den letzten zwei Jahren herrschten eher Deflationstendenzen.

„Die Geldpolitik

kann keine originäre, effektive Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen schaffen. Deshalb wurde in der Geldtheorie immer die asymmetrische Wirkung der Geldpolitik postuliert: Sie kann zwar eigenständig die wirtschaftliche Entwicklung bremsen, aber sie kann alleine keine Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten hervorrufen. “

Memorandum 2016, Kurzfassung

Freihandelsabkommen verschärfen Wettbewerb

- Mit TTP, CETA und TTIP werden in Asien, Amerika und Europa Freihandelsabkommen weiter vorangetrieben. Während die Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit von Menschen immer weiter eingeschränkt wird, werden für den Austausch von Waren und Kapital die Tore weit geöffnet.
- Von der Grundtendenz werden mit solchen Abkommen Schutzstandards ausgehebelt, Profite erhöht und der Wettbewerb verschärft.
- Wachstum und steigender Wohlstand kann damit nicht in nennenswertem Maße generiert werden. Stattdessen gibt es große Risiken.
- Eher kosmetische Korrekturen, wie sie zuletzt bei CETA vorgenommen wurden, ändern daran nichts.

„Der Deutsche Richterbund lehnt die von der EU-Kommission vorgeschlagene Einführung eines Investitionsgerichts im Rahmen der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) ab. Der DRB sieht weder eine Rechtsgrundlage noch eine Notwendigkeit für ein solches Gericht. [...] Die Schaffung von Sondergerichten für einzelne Gruppen von Rechtssuchenden ist der falsche Weg.“

Deutscher Richterbund, 2016

Brexit zeigt schwindende Akzeptanz der Union

- Die Kampagne zum EU-Austritt war eindeutig eine Anti-Migrationskampagne. Zuwanderer werden als größere Bedrohung empfunden als fehlende Sozialleistungen. Nationalistische Töne werden auch in den übrigen Staaten der Union stärker.
- Die ökonomischen Schäden des Austritts lassen sich noch nicht absehen. Sie hängen auch davon ab, wie die künftigen Beziehungen zwischen GB und der EU gestaltet werden.
- Für die EU ist der Austritt kein Anlass, die bisherige Politik zu korrigieren. Die neoliberale Dominanz bleibt ungebrochen.
- Eine linke Alternative ist die Ausstiegsvariante nicht. Einzelne Nationalstaaten sind noch stärker den Finanzmärkten ausgeliefert als die Union.

Zukunft der EU – ökonomisches Programm

- **Verbindliche Verfahren zum Abbau von außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten – Überschüsse wie Defizite**
- **vergemeinschaftete Kreditaufnahme**
- **Gemeinsame Fiskalkapazitäten und ein europäisches Investitionsprogramm**
- **EZB als „letzter“ Kreditgeber, der für Staatsanleihen aufkommt**

Zukunft der EU – Visionen

Im Kern geht es darum, die Europäische Union von einer **Wettbewerbsgemeinschaft** zu einer **Solidarunion** umzubauen.

Unter den derzeitigen Kräfteverhältnissen ist das kaum möglich. Daran würde auch eine Auflösung der Union oder auch nur der Eurozone nichts ändern.

Am Ende wird eine Wettbewerbsunion scheitern, weil sie nicht in der Lage ist, die multiplen Krisen zu bewältigen.

Ein solches Scheitern wäre für die Menschen in Europa keine positive Option. Eine solche Variante würde zu **national-chauvinistisch geprägten Nationalstaaten** mit Ellenbogenmentalität führen – innerstaatlich und in den Beziehungen zwischen den Staaten.

Die Solidargemeinschaft muss deshalb die Leitlinie für politisches und ökonomischen Handeln in den nächsten Jahren darstellen.

Integration der Flüchtlinge braucht leistungsfähige öffentliche Strukturen

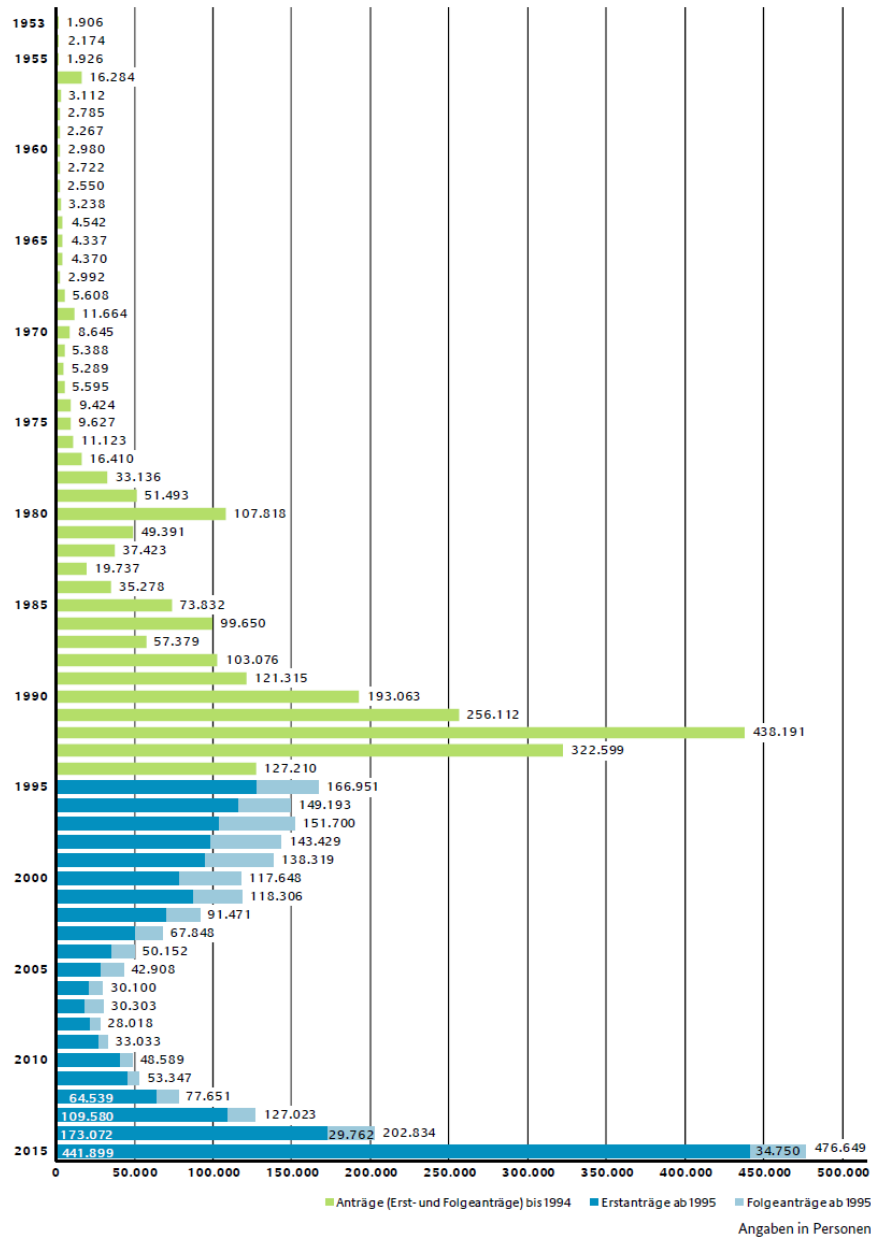
- **Herausforderung Flüchtlingsintegration trifft auf personell ausgezehrten öffentlichen Sektor**
- **Kapazitätsaufbau in fast allen Bereichen notwendig**
- **Integration in den Arbeitsmarkt**



„Die Geflüchteten machen die sozialen Ungerechtigkeiten, die in den vergangenen Jahren politisch erzeugt wurden, wie unter einem Brennglas deutlich.“

Memorandum 2016, Kurzfassung

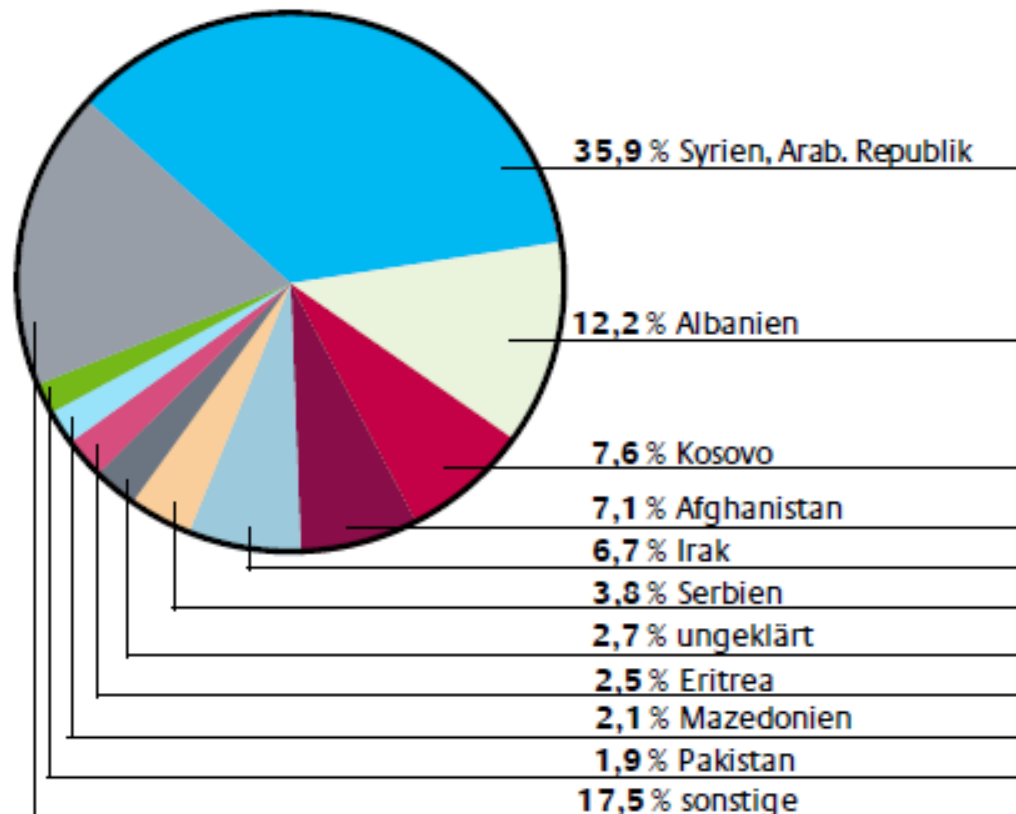
Entwicklung der Asylantragszahlen seit 1953

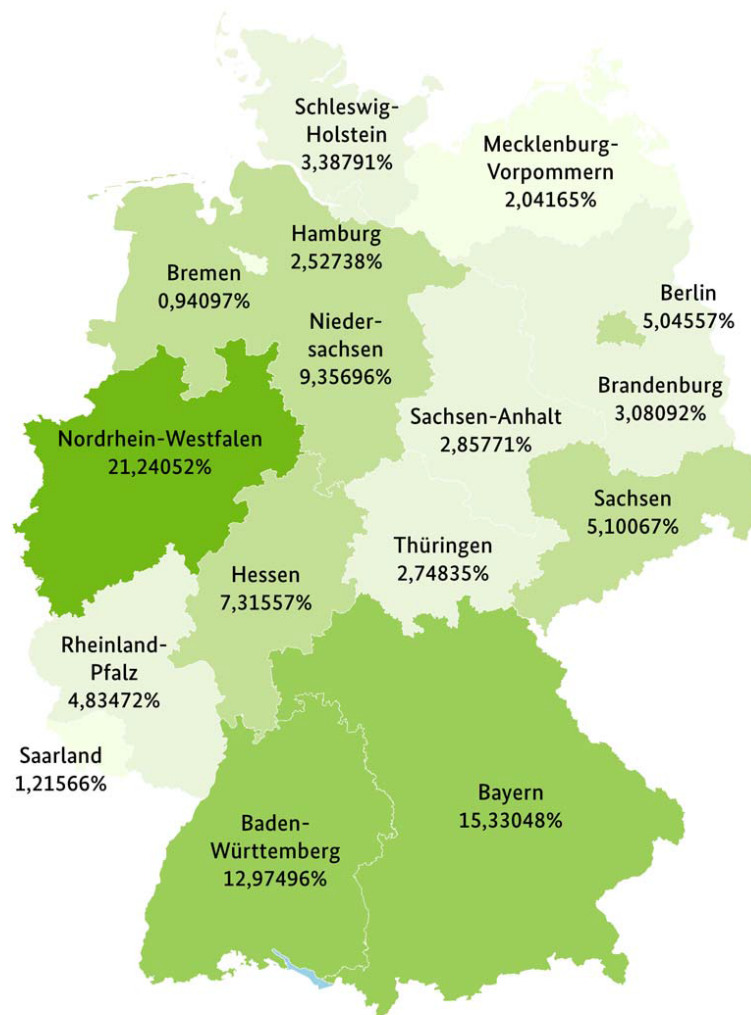


Langfristige Entwicklung der Zahl der Asylanträge in Deutschland

2015

Gesamtzahl der Asylerstanträge: 441.899





Verteilungsquoten nach dem Königsteiner-Schlüssel für die Anwendung im Jahr 2015



Quelle: BAnz AT 14.11.2013 88
© Vermessungsverwaltungen der Länder und BKG 2015, eigene Bearbeitung
Kartographie und Layout: Ref. 124, BAMF

Jahr	Gesamt- schutzquote
2006	6,3%
2007	27,5%
2008	37,7%
2009	33,8%
2010	21,6%
2011	22,3%
2012	27,7%
2013	24,9%
2014	31,5%
2015	49,8%

In vielen Bereichen mehr Kapazitäten notwendig

- ➔ **Kinderbetreuung**
Zigtausende Plätze in Kitas fehlen, Intensivierung des Kita-Ausbaus nötig
- ➔ **Schulen und Hochschulen**
Es geht nicht nur um ein Mehr an Lehrkräften
- ➔ **Volkshochschulen und Jugendbildungsarbeit**
Finanzielle Austrocknung beenden
- ➔ **Familien- und Jugendsozialarbeit**
Frühzeitige Intervention baut dem Entstehen von Parallelgesellschaften vor
- ➔ **Gesundheitsdienste**
Wiederaufbau funktionsfähiger Strukturen nötig

In vielen Bereichen mehr Kapazitäten notwendig

➤ **Integration**

erschöpft sich nicht im Spracherwerb und in der Integration in den Arbeitsmarkt

➤ **Einrichtung von Koordinierungs-, Informations- und Beratungsstellen**

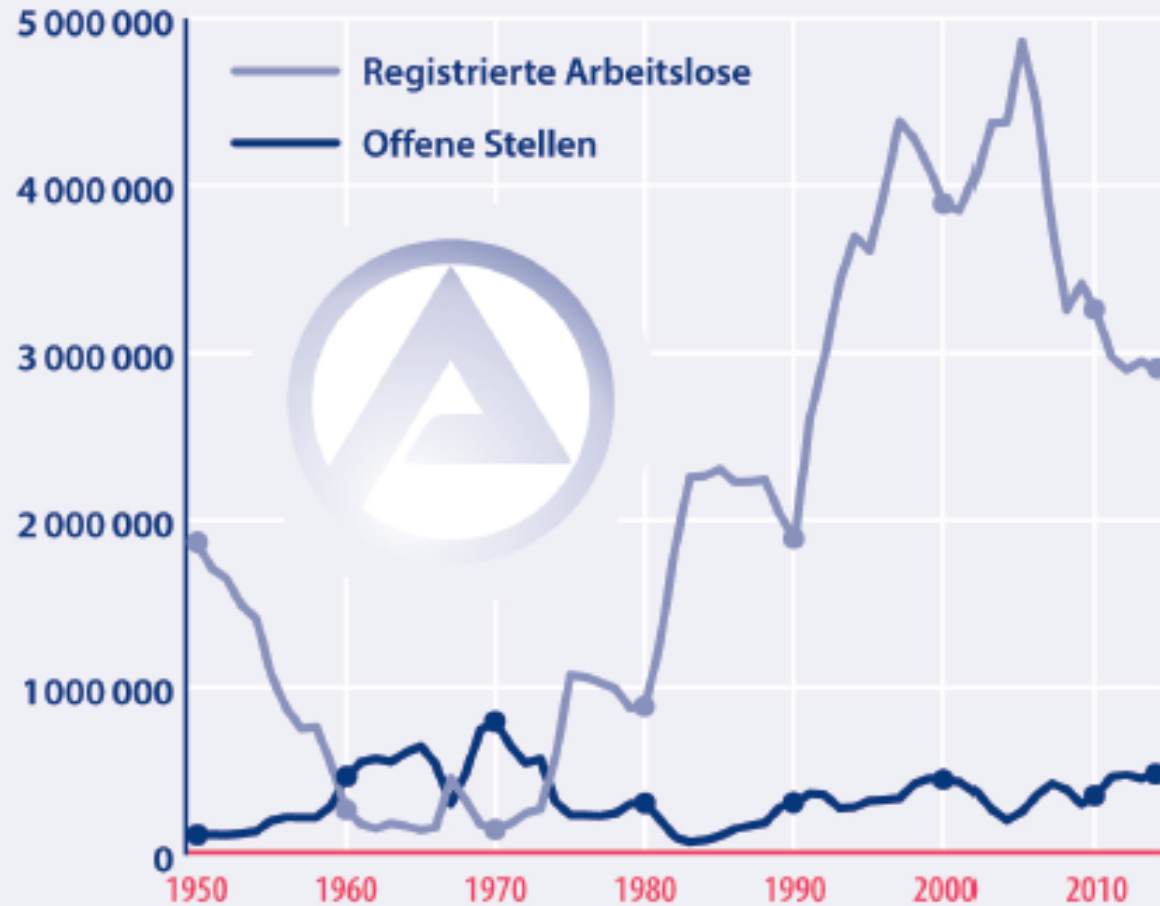
Alle Gemeinden benötigen Anlaufstellen

➤ **Keine weitere Privatisierung der inneren Sicherheit – Polizei stärken**

Während bei der Polizei massiv Personal abgebaut wurde, boomt das Geschäft der privaten Sicherheitsdienste

Registrierte Arbeitslose und offene Stellen

In Deutschland 1950 bis 2014 (bis 1990 früheres Bundesgebiet)



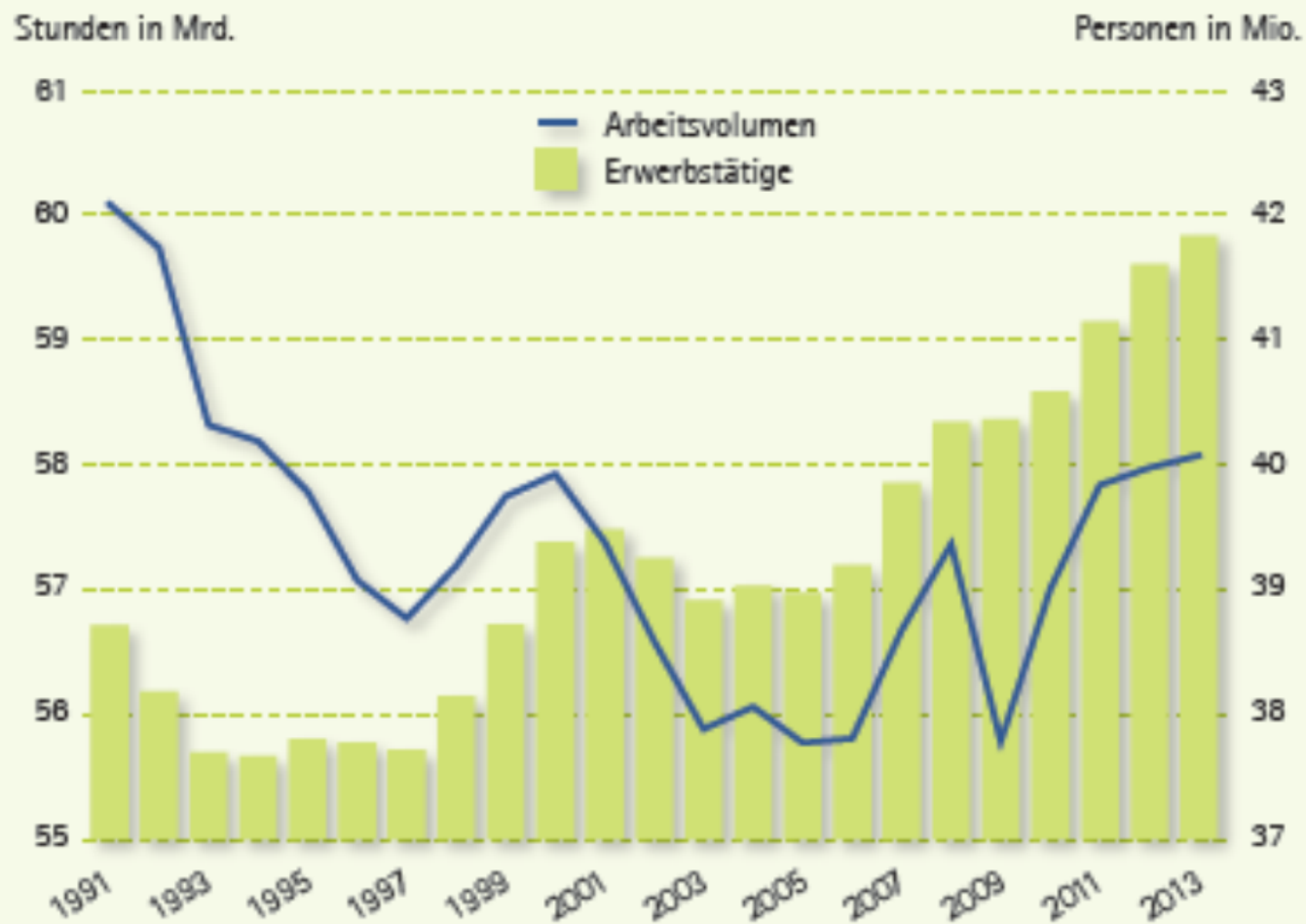
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2015

Massenarbeitslosigkeit als normaler Zustand einer kapitalistischen Ökonomie ist dabei kein neues Phänomen. Bereits Karl Marx beschrieb empirisch und theoretisch den Prozess der Herausbildung einer **industriellen Reservearmee**, der in Gang kommt, weil die Produktivitätsfortschritte größer sind als das wirtschaftliche Wachstum.

Marktprozesse führen eben nicht im Selbstlauf zu einer Gleichgewichtssituation mit Vollbeschäftigung.

Arbeitsvolumen und Erwerbstätigkeit in Deutschland 1991 – 2013

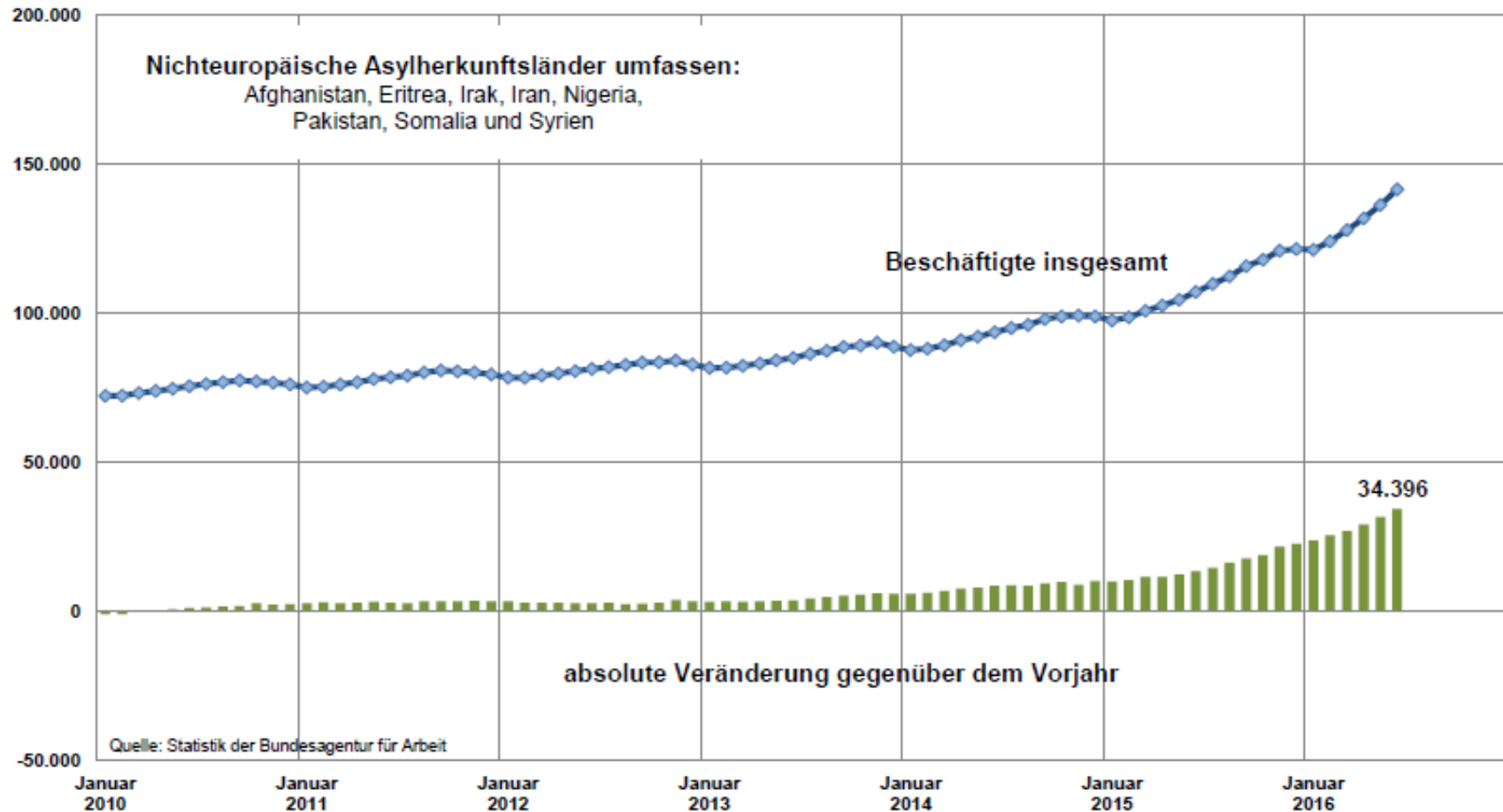


Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung, Statistisches Bundesamt.

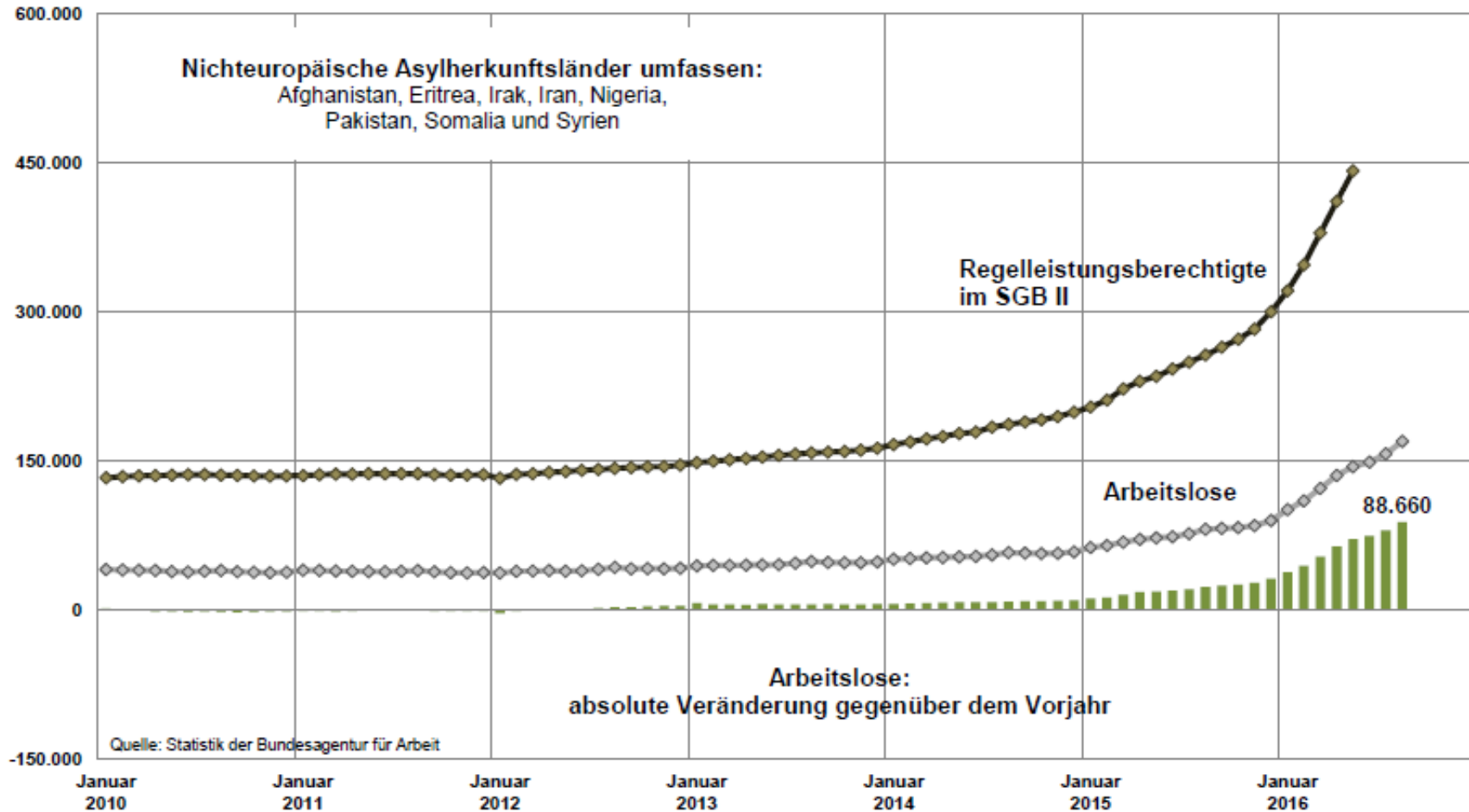
© IAB

Beschäftigte aus den Nichteuropäischen Asylherkunftsländern

Deutschland Arbeitsort
vorläufige hochgerechnete Werte



Arbeitslose und Regelleistungsberechtigte im SGB II aus den Nichteuropäischen Asylherkunftsländern Deutschland



Konsumgetriebenes Wachstum – aber ungleiche Verteilung bremst wirtschaftliche Entwicklung

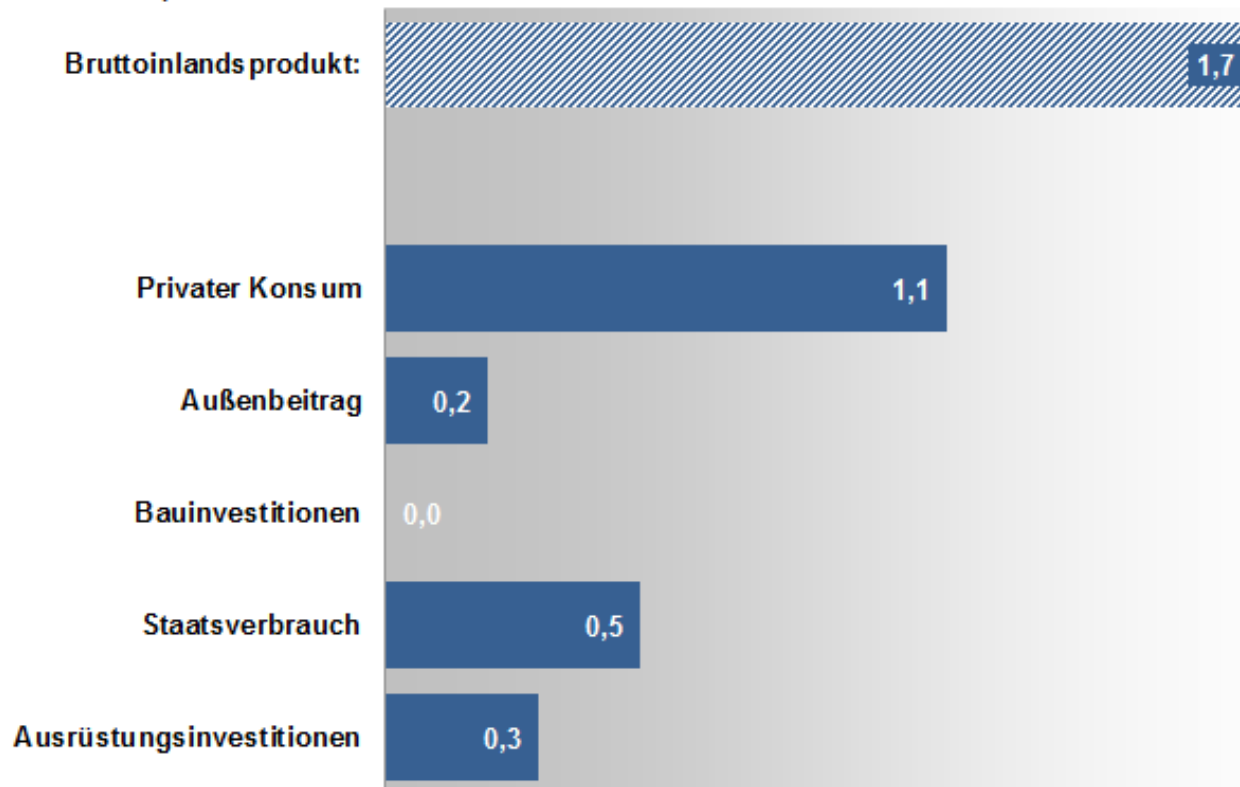
- **Außenbeitrag nur noch gering**
- **Einführung des Mindestlohnes erfolgreich –
aber derzeitige Höhe verhindert keine
Einkommensarmut**
- **Extrem ungleiche Verteilung der Vermögen**



„Die jüngste Entwicklung bestätigt die Erkenntnis der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Ein von der Binnennachfrage und vor allem vom Konsum getragener Aufschwung ist möglich. Dadurch wird die deutsche Konjunkturentwicklung auch gegenüber den Turbulenzen des Weltmarkts unempfindlicher. Immer noch bleibt jedoch die Steigerung der Realeinkommen hinter den ökonomischen Möglichkeiten zurück.“

Memorandum 2016, Kurzfassung

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des BIP 2015 in Prozentpunkten

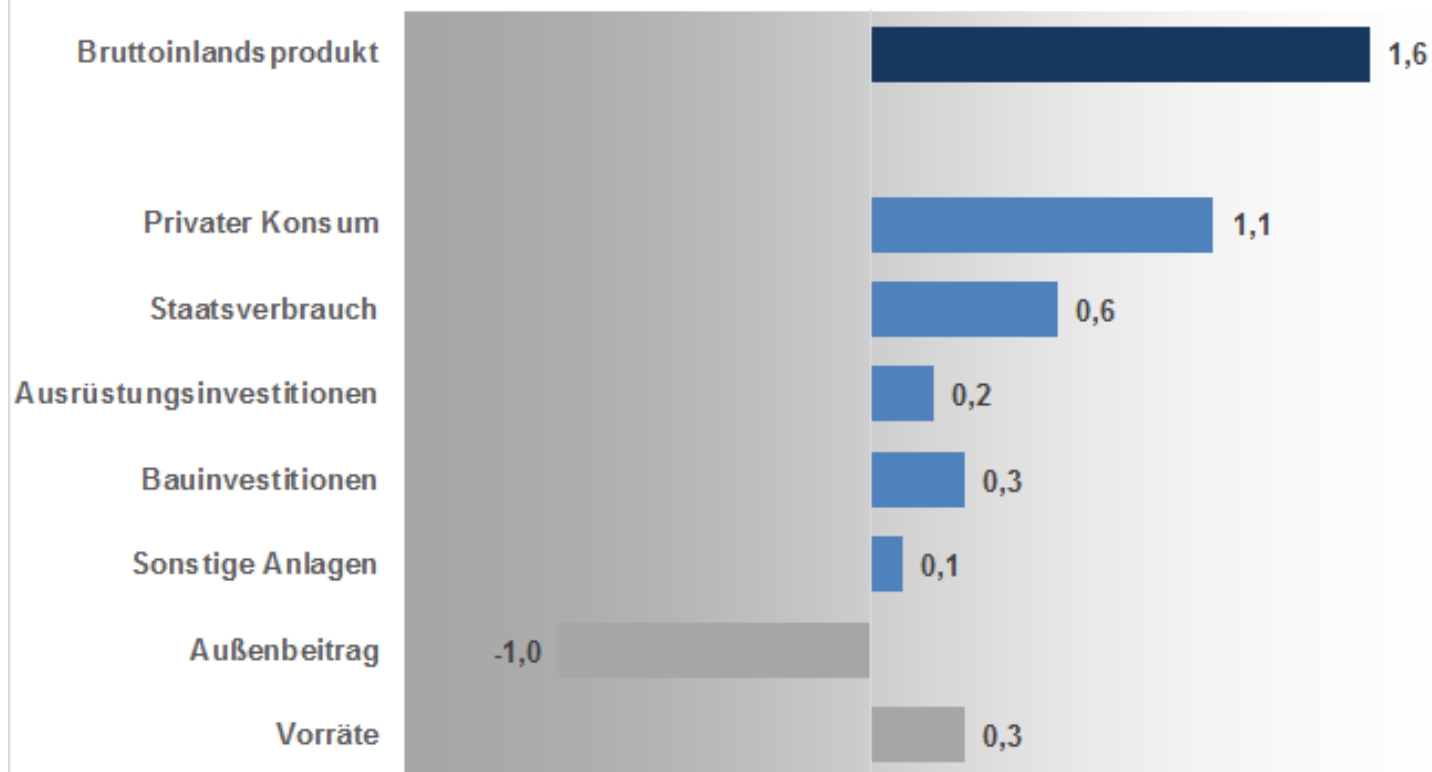


Ohne BIP-Beiträge der Vorratsänderungen sowie der sonstigen Anlageinvestitionen

Quelle: Statistisches Bundesamt, 23.02.2016

Grafik: IG Metall, Ressort Koordination Branchenpolitik

Prognose 2016:
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen BIP
in Prozentpunkten des BIP

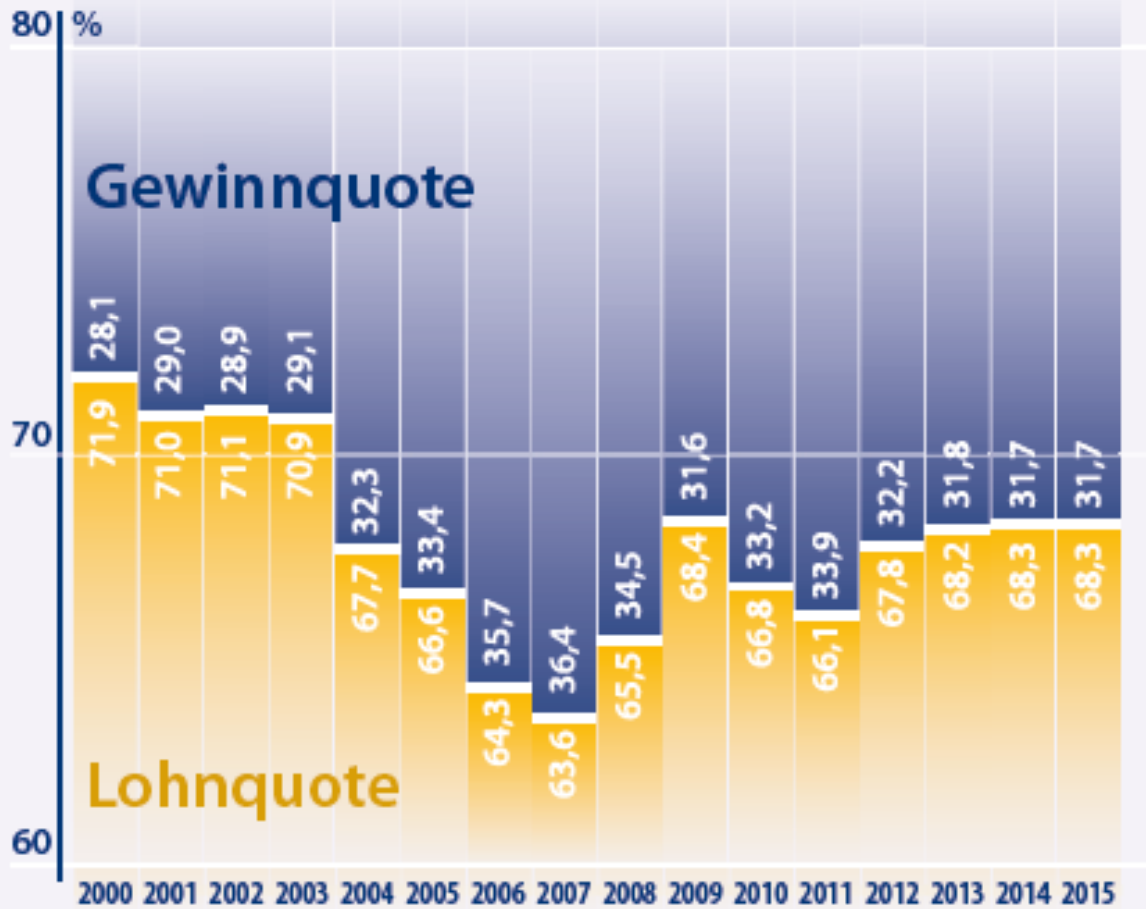


Quelle: Frühjahrsgutachten April 2016

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die Lohnentwicklung bleibt weiter zurück

Anteil von Löhnen und Gewinnen am Volkseinkommen

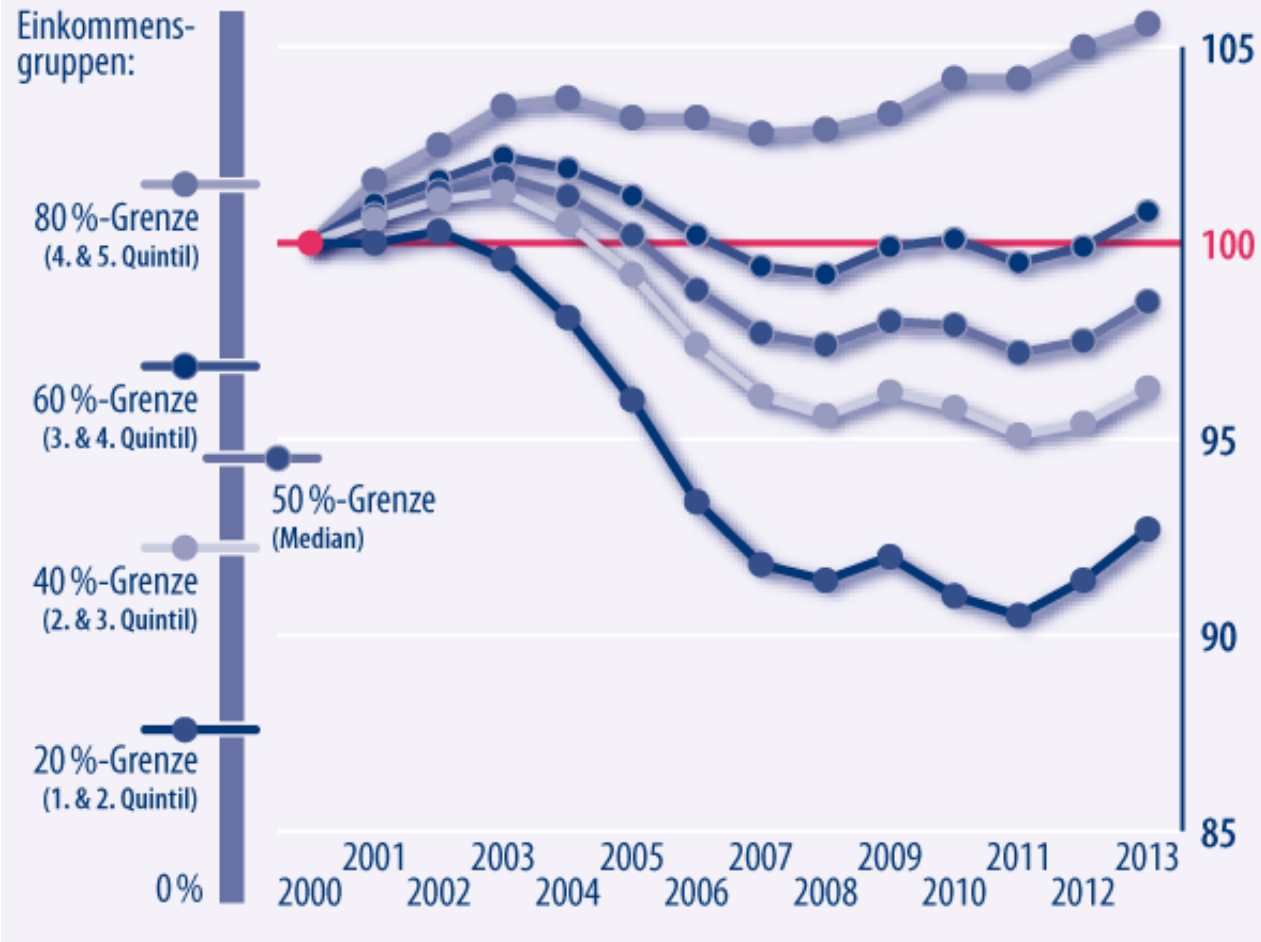


Quelle: Statistisches Bundesamt

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2016

Bruttoarbeitsentgelte

Entwicklung der Bruttoarbeitsentgelte (Realwerte) von sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten von 2000 bis 2013.

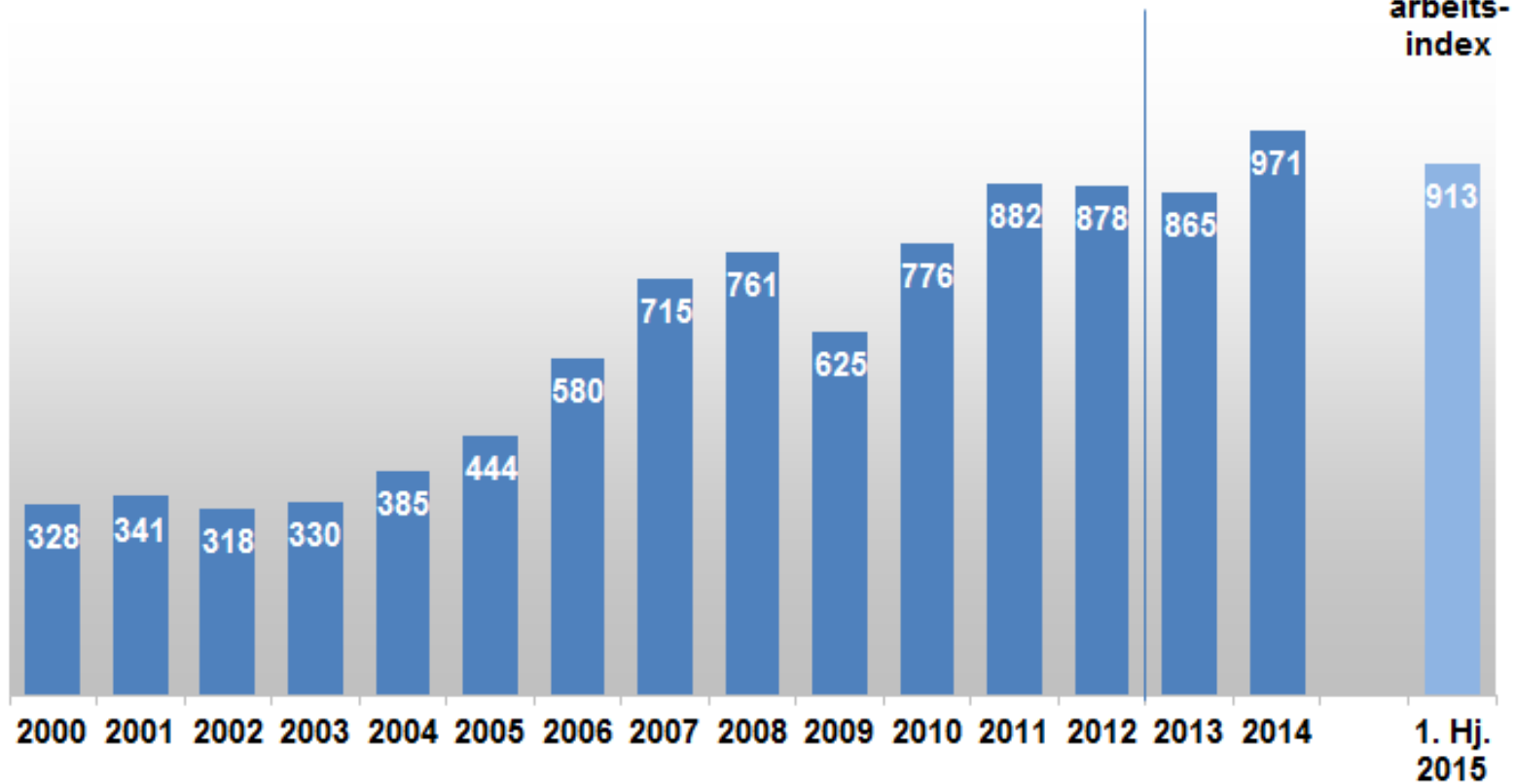


Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen; die Datenreihen sind nur bis 2013 verfügbar.

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2016

Leiharbeitende in der Gesamtwirtschaft

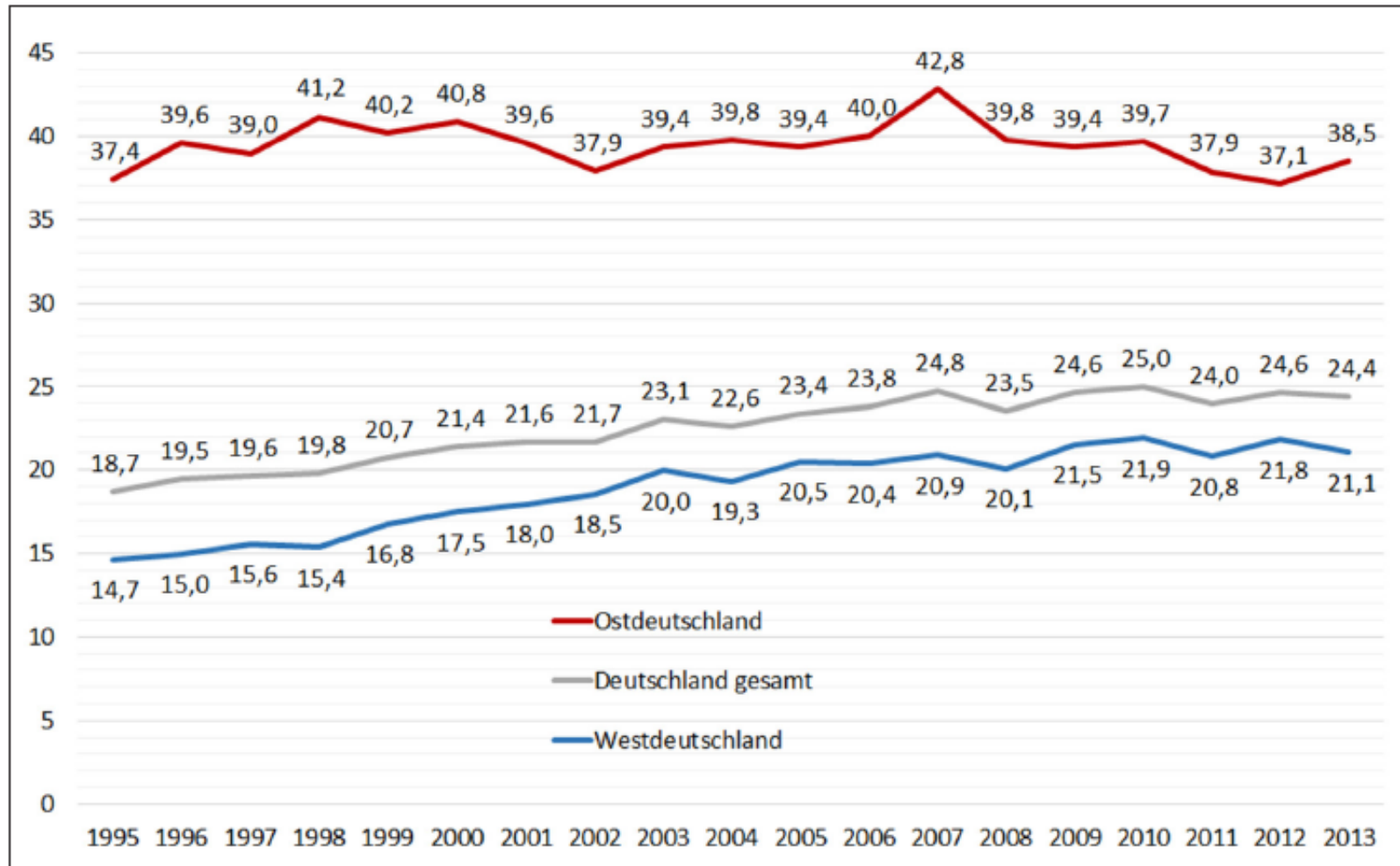
Im Jahresdurchschnitt, in 1.000



Quelle: Jahreswerte: Bundesagentur für Arbeit, Statistischer Bruch, da ab 2013 neues Meldeverfahren

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

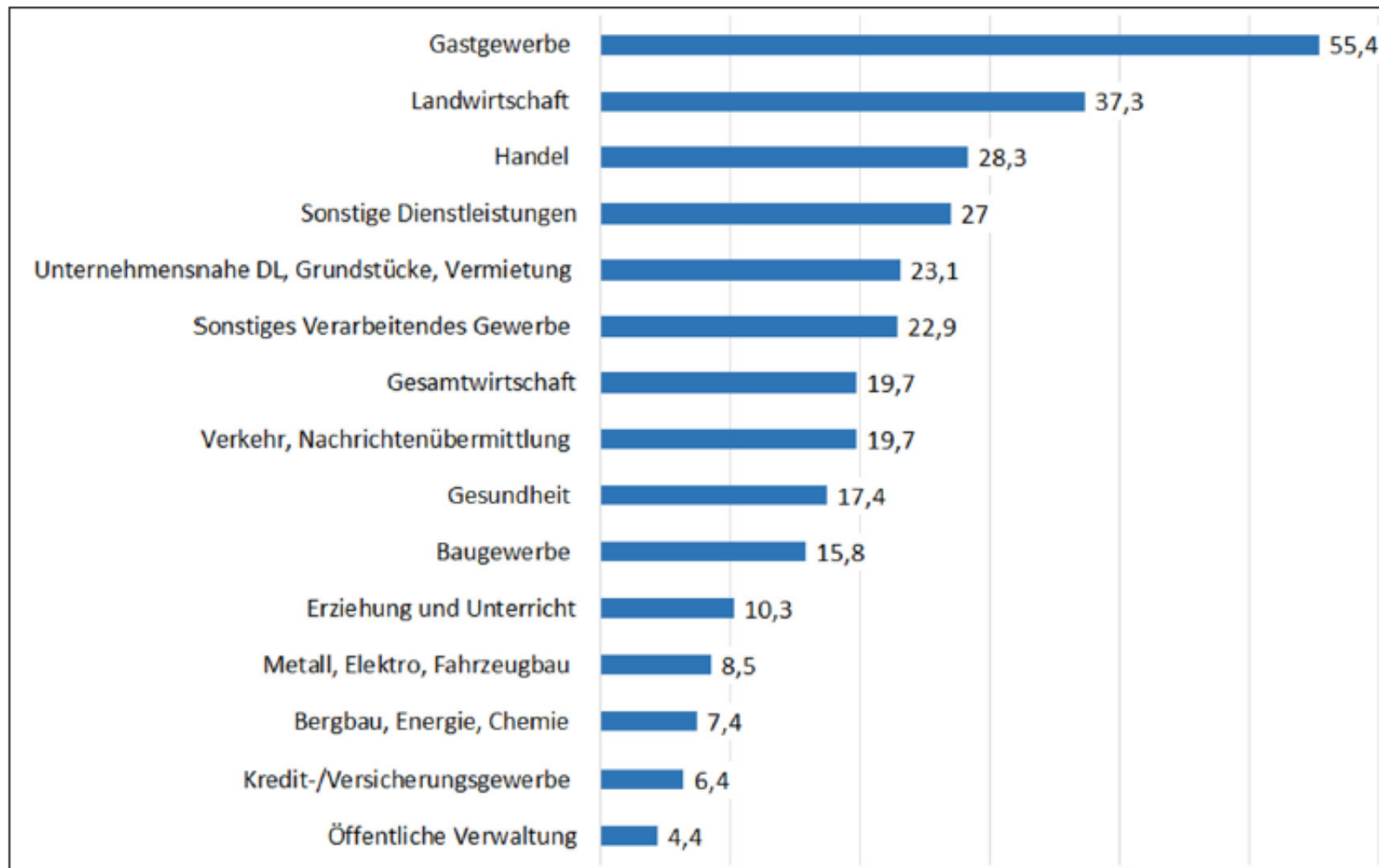
Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland (in % der abhängig Beschäftigten), 1995-2013



Quelle: SOEP v30, IAQ-Berechnungen

Bundesweite Niedriglohnschwelle 2013 = 9,30 €

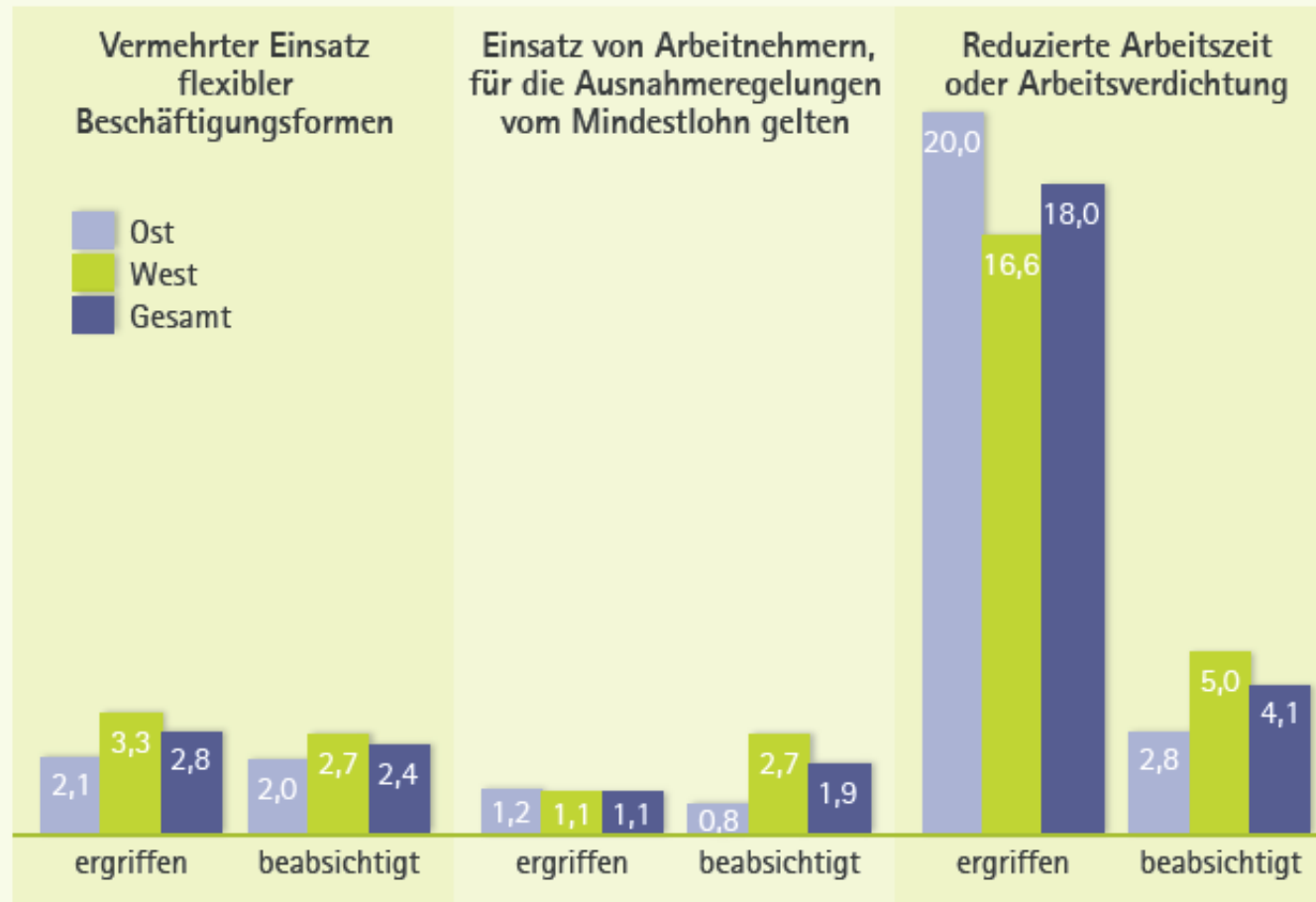
Anteil der Beschäftigten mit Stundenlohn unter 8,50 € nach Wirtschaftsgruppen (in %), gepoolte Jahre (2010-2013)



Quelle: SOEP v30, IAQ-Berechnungen

Alternative Beschäftigungsanpassungen der Betriebe als Reaktion auf den Mindestlohn

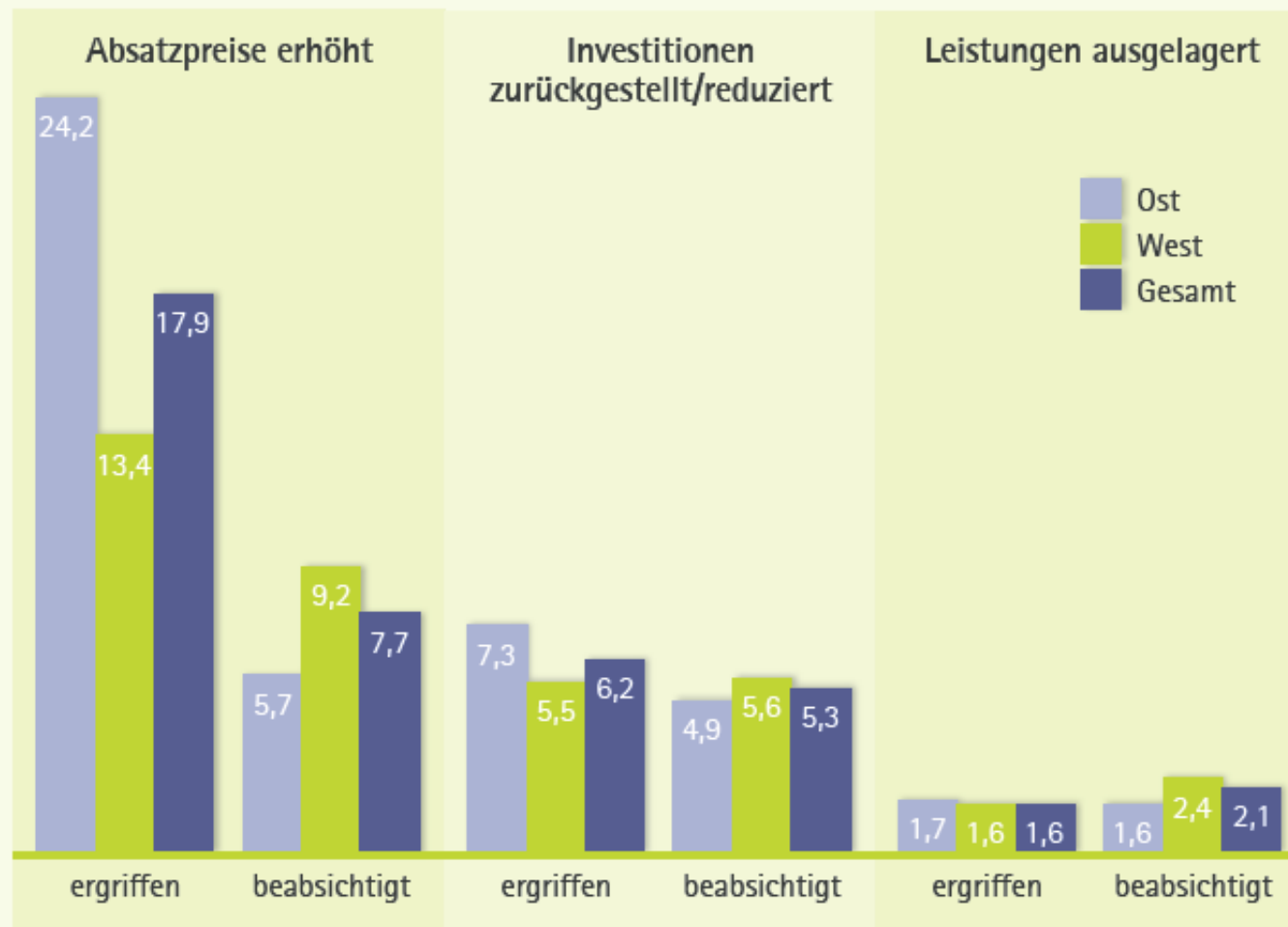
2015, Anteile der betroffenen Betriebe in Prozent (eigene Angaben)



Quelle: IAB-Betriebspanel 2015

Anpassungen der Betriebe bei Auslagerungen, Investitionen und Absatzpreisen als Reaktion auf den Mindestlohn

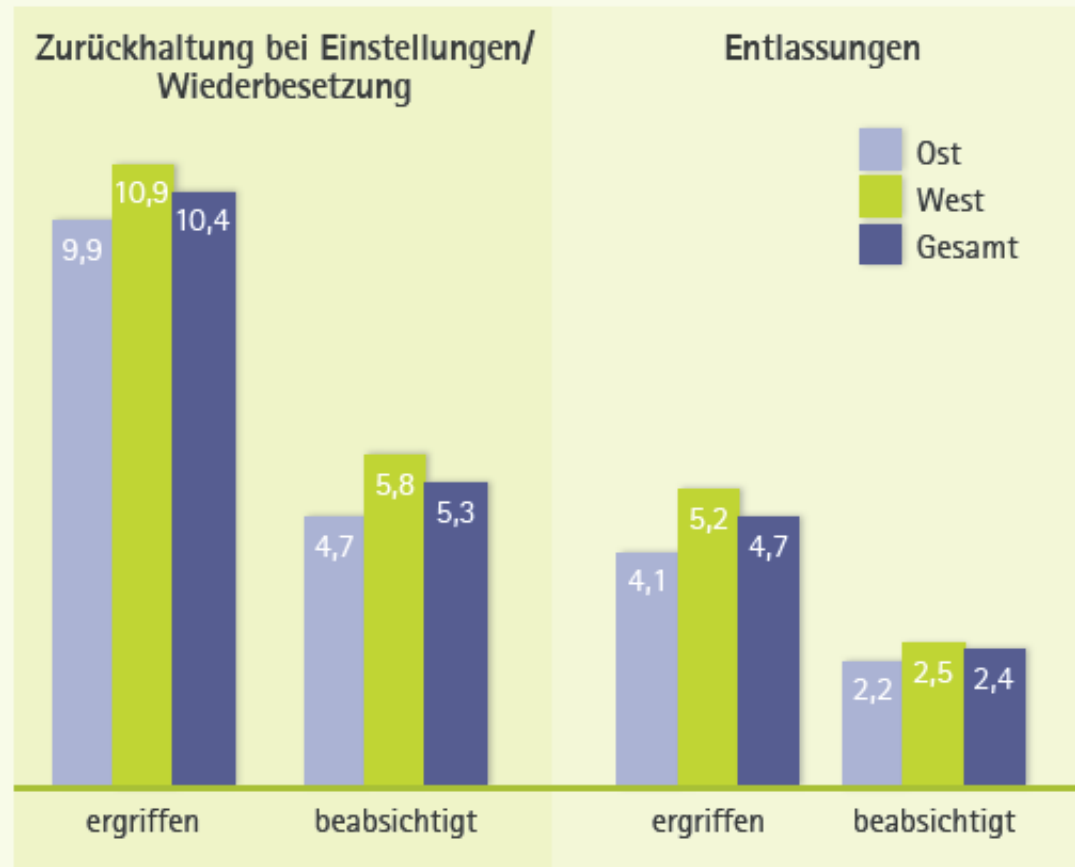
2015, Anteile der betroffenen Betriebe in Prozent (eigene Angaben)



Quelle: IAB-Betriebspanel 2015

Beschäftigungsanpassungen als Reaktion der Betriebe auf den Mindestlohn

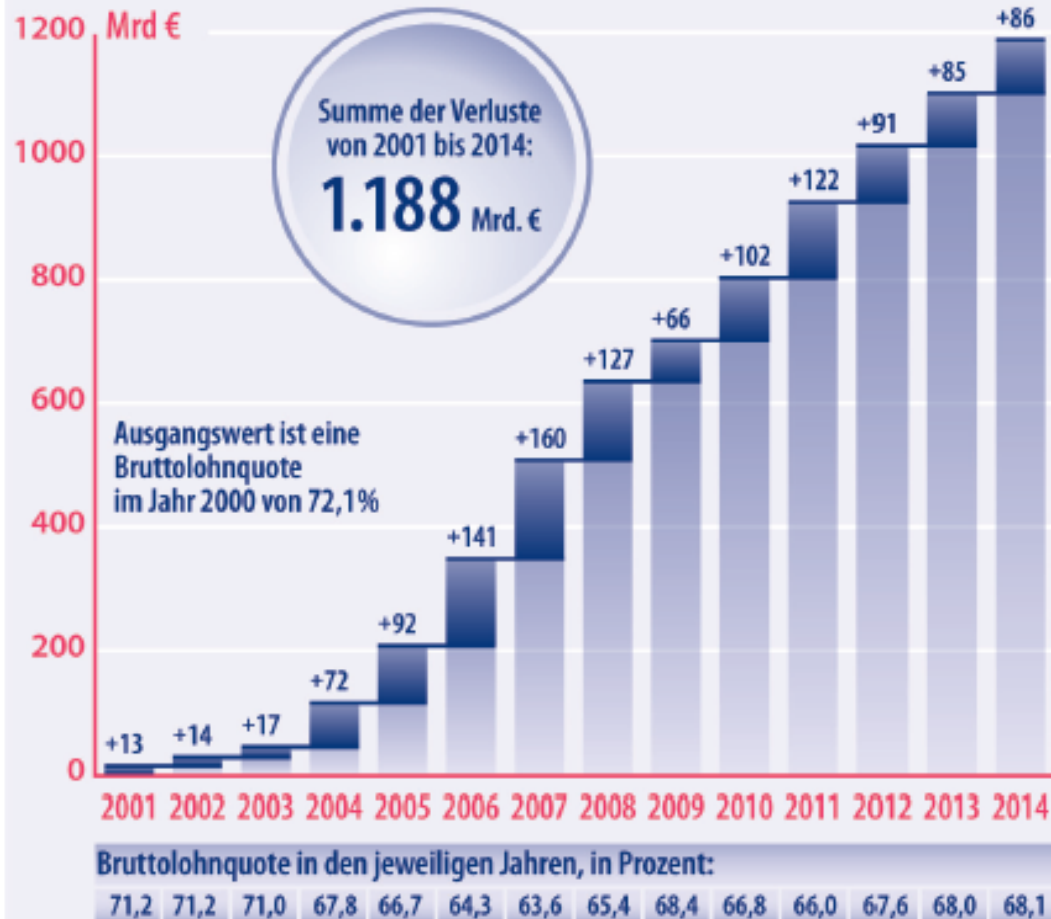
2015, Anteile der betroffenen Betriebe in Prozent (eigene Angaben)



Quelle: IAB-Betriebspanel 2015

Verteilungsverluste der Arbeitseinkommen auf Grund sinkender Lohnquote

Summe der Verteilungsverluste von 2001 bis 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt:
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2015


„Die Schätzungen ergeben ein Nettovermögen der deutschen Privathaushalte von 8.600 Milliarden Euro im Jahr 2011. Die Vermögenskonzentration ist beachtlich: Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt 32 Prozent des gesamten Vermögens, die reichsten 0,1 Prozent besitzen 16 Prozent.“

(DIW, 2016)

„In dieser Ungleichheit spricht sich ein fundamentaler Widerspruch aus. Je stärker sie ausfällt, umso mehr droht der Unternehmer sich in einen Rentier zu verwandeln und Macht über diejenigen zu gewinnen, die nichts als ihre Arbeit besitzen. Wenn es einmal da ist, reproduziert Kapital sich von selbst – und zwar schneller, als die Produktion wächst. Die Vergangenheit frisst die Zukunft.“

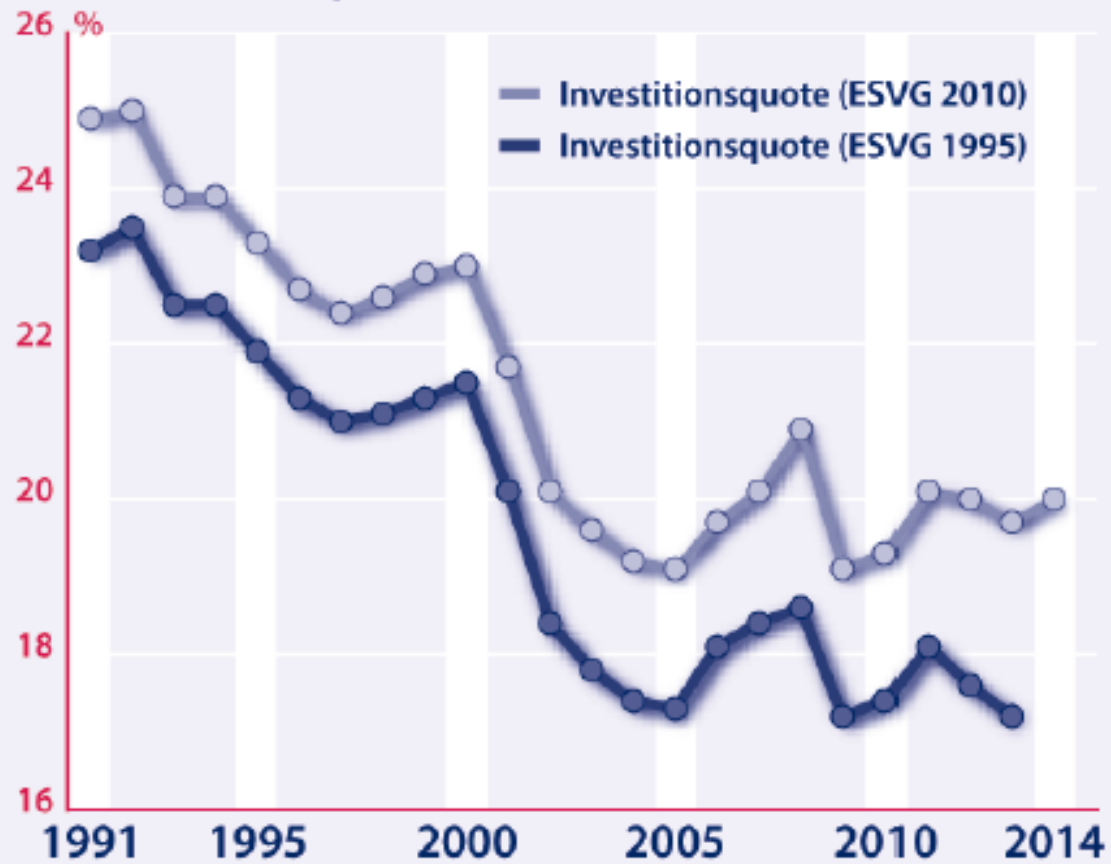
Thomas Piketty: *Das Kapital im 21. Jahrhundert,*
(2014, S. 785 f.) “

Höhere öffentliche Ausgaben für die Revitalisierung des Sozialstaates, für Bildung und Infrastruktur

- **Fehlende öffentliche und private Investitionen in Deutschland**
 - **Investitionen bestimmen maßgeblich die gesellschaftliche Entwicklung**
 - **Alternativen sind möglich und notwendig**
- 

Investitionsquote vor und nach Revision

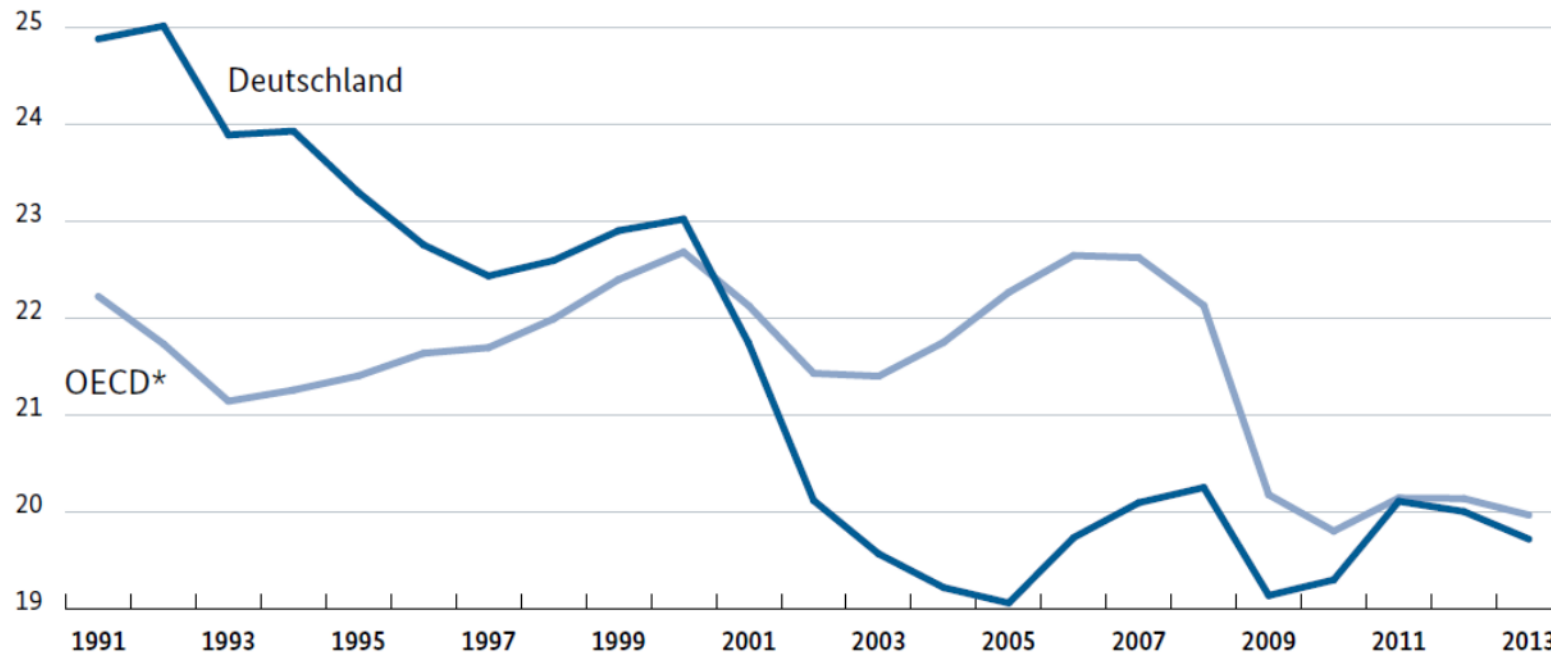
Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt: Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 für den Zeitraum 1991 bis 2014, in: Wirtschaft und Statistik, September 2014, eigene Berechnungen.

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2015

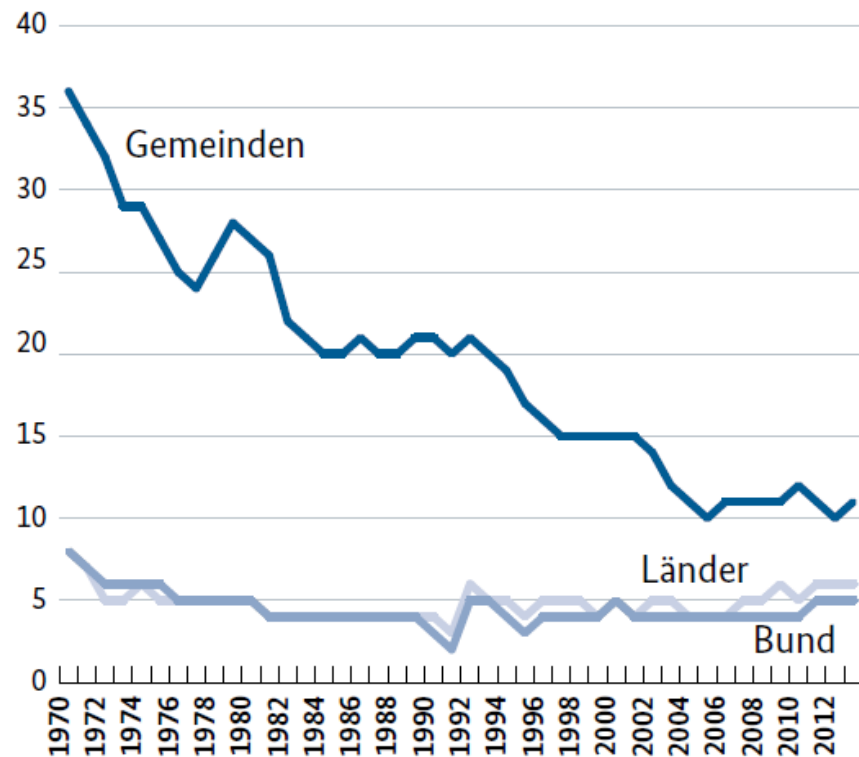
Nominale Investitionsquote (Prozent vom BIP) im internationalen Vergleich



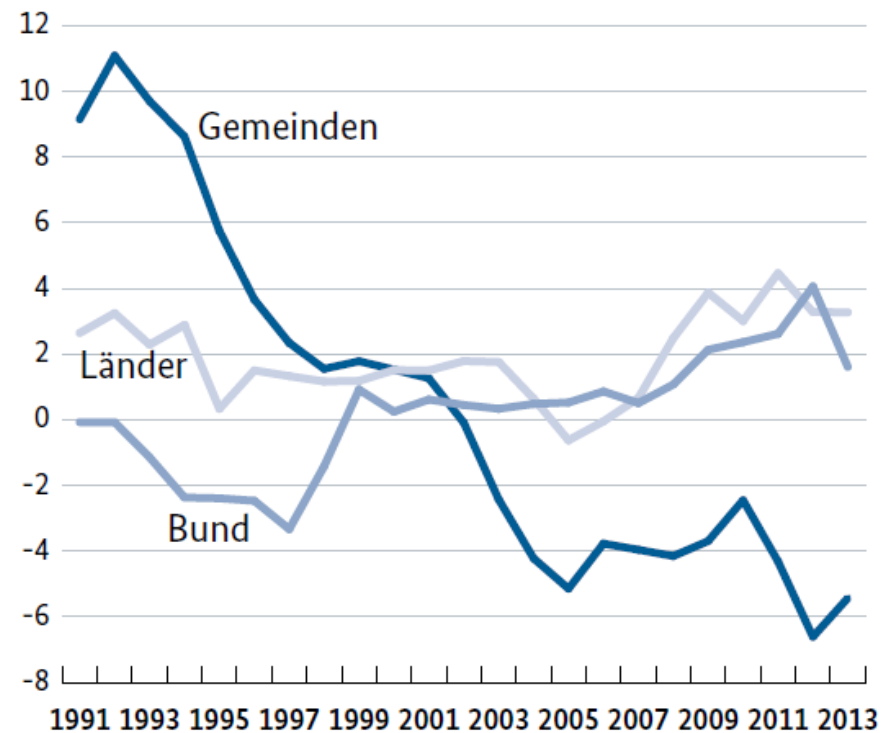
*OECD-Durchschnitte ohne die Länder Chile, Japan, Neuseeland und die Türkei.
Quelle: Europäische Kommission, Berechnungen des DIW Berlin.

Staatliche Investitionen insgesamt und nach Gebietskörperschaften

Investitionsanteil an den Gesamtausgaben (Prozent)

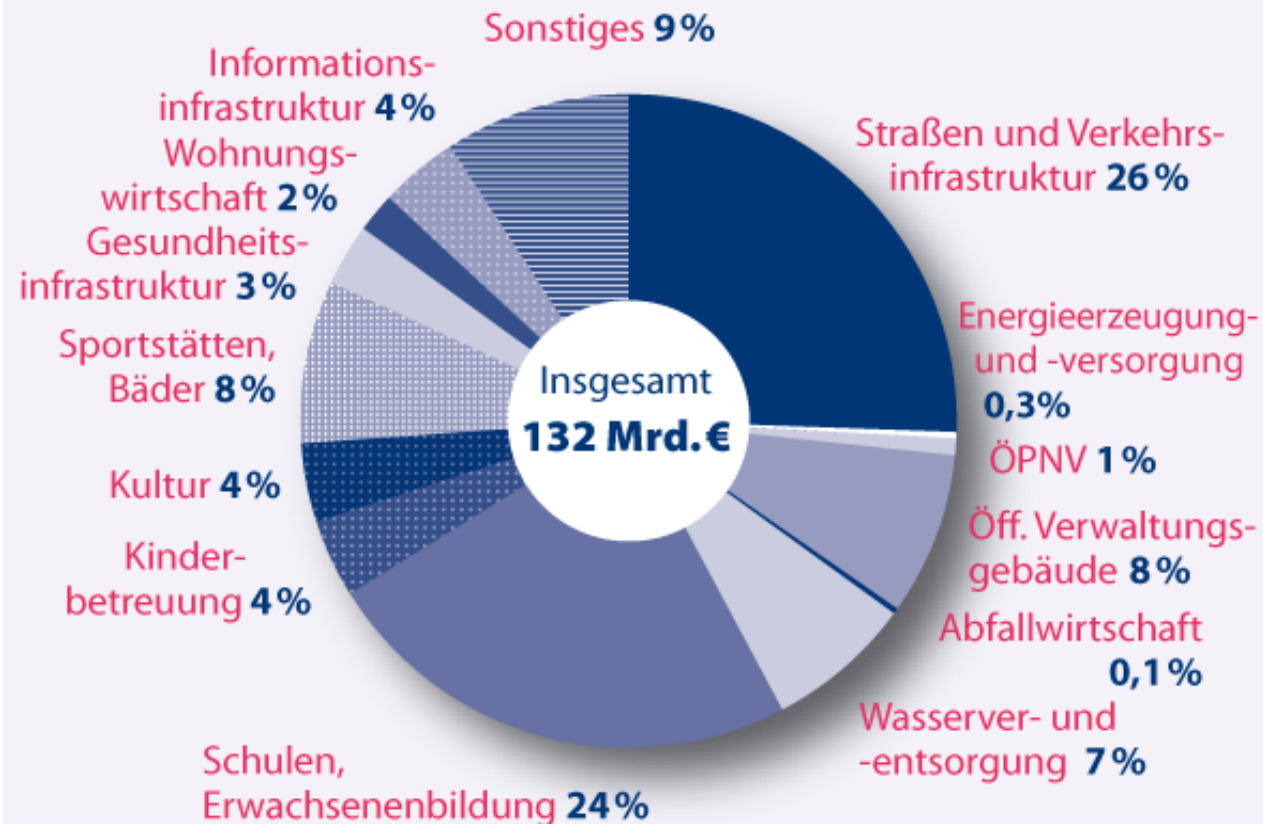


Nettoanlageinvestitionen (Mrd. Euro, nominal)



Anmerkung: Veränderungen des Investitionsbegriffs lassen Vergleiche, insbesondere zu der Zeit vor dem Jahr 1991, nur bedingt zu; bis einschließlich 1990 nur Westdeutschland.
 Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin.

Investitionsrückstand der Kommunen 2014

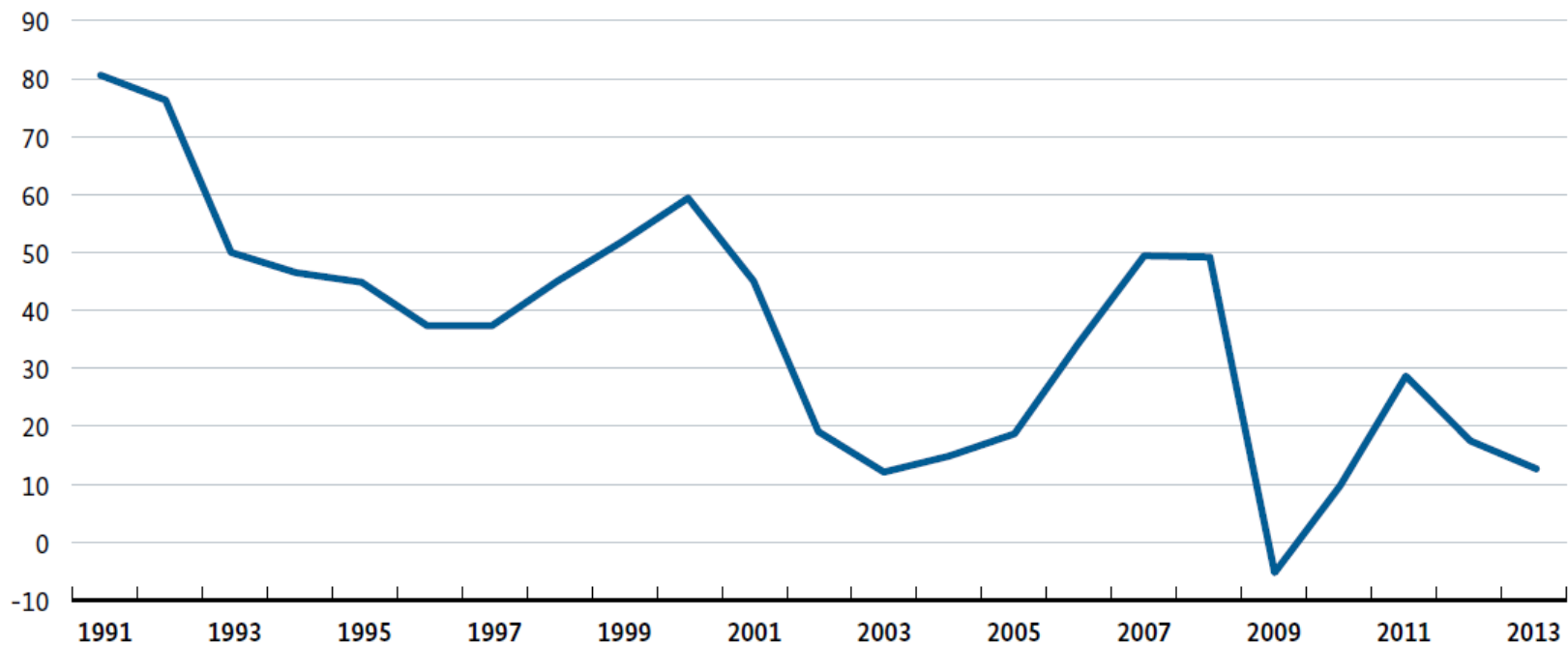


Anmerkung: Hochrechnung auf der Basis der Pro-Kopf-Mittelwerte für Gemeinden nach Größenklassen und Landkreise

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2014, durchgeführt vom Difu von Oktober bis Dezember 2014

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2016

Entwicklung der privaten Nettoanlageinvestitionen



*Ohne Wohnungsbau. Nichtstaatliche Sektoren; Mrd. Euro in jeweiligen Preisen.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin.

- Die Forderungen der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* gehen weit über die klassischen Investitionen hinaus. Wir fordern ein Ausgaben- und Investitionsprogramm, in dem auch Personalausgaben enthalten sind.
- Schwerpunkt sind Bildung und der ökologisch soziale Umbau der Gesellschaft.
- Damit werden Arbeitsplätze geschaffen und die Struktur der Gesellschaft verändert sich massiv.
- Gesellschaftliche Bedarfe ohne kaufkräftige Nachfrage werden bedient.

Investitions- und Ausgabenprogramm der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Jährliche zusätzliche Ausgaben	
Bildung	25 Mrd. €
Verkehrsinfrastruktur	10 Mrd. €
Kommunale Ausgaben	10 Mrd. €
Energetische Gebäudesanierung	5 Mrd. €
Lokale Pflegeinfrastruktur	20 Mrd. €
Arbeitsmarkt	30 Mrd. €
Summe	100 Mrd. €

Für die **Finanzierung dieses Programms** ist eine andere **Steuerpolitik** notwendig. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert die Umsetzung eines Steuerkonzepts, bei dem auf der einen Seite die Einnahmen für notwendige Ausgabensteigerungen gesichert werden und auf der anderen Seite die Sekundärverteilung zulasten der Reichen und Vermögenden verschoben wird.

Eckpunkte einer gerechteren und ertragreichen Steuerpolitik

- ➔ **Einmalige Vermögensabgabe**
- ➔ **Wiedererhebung der Vermögensteuer**
- ➔ **Höhere Besteuerung von Unternehmen und Einführung einer Gemeindewirtschaftsteuer**
- ➔ **Abschaffung der Abgeltungsteuer und Besteuerung nach individuellem Steuertarif**
- ➔ **Finanztransaktionsteuer**
- ➔ **Bessere Ausstattung der Finanzämter**
- ➔ **Neuer Einkommensteuertarif mit höherem Spitzensteuersatz**

„Sozial, ökonomisch und ökologisch wird der neoliberale Kurs, der jetzt durch die völlig konzeptionslose und unzureichende Finanzierung der Flüchtlingsintegration verschärft wird, zur gesellschaftlichen Bedrohung. Alternativen in der Wirtschaftspolitik sind nicht mehr nur notwendig, um drängende ökonomische Probleme zu lösen. Ohne ein Umsteuern in der Wirtschaftspolitik droht eine Erosion des demokratischen politischen Systems“

Memorandum Kurzfassung 2016 (S. 16)